

Integrationsbeirat
Saarbrücken

Dokumentation der Fachveranstaltung
„Politische Teilhabe – Wunsch oder Realität?“,
6. November 2013

Impressum

Die Kurzdokumentation wurde erstellt im Auftrag des Integrationsbeirates der Landeshauptstadt Saarbrücken

Rathaus St. Johann, 66111 Saarbrücken
fon: +49(0)681 9051352
mail: integrationsbeirat@saarbruecken.de
web: www.saarbruecken.de/integrationsbeirat

Herausgeber:
Integrationsbeirat der Landeshauptstadt Saarbrücken

Bildquellennachweis:
Fotografin Sadija Kavgić-van Weert (alle Abbildungen)

Zum Integrationsbeirat:

1989 wurde der erste Saarbrücker Ausländerbeirat eingerichtet, der sich für die Belange der ausländischen Bevölkerung einsetzte. Nach einer Gesetzesreform wurde 2009 der erste Integrationsbeirat als kommunale Interessensvertretung für Migrantinnen und Migranten gewählt. Als politisches Gremium hat der Beirat die Aufgabe, Anträge an den Stadtrat und an die Ausschüsse zu stellen, damit die Belange der Bevölkerung mit ausländischem Pass stärker in der Kommunalpolitik berücksichtigt werden.

Anlässlich der Fachveranstaltung des Saarbrücker Integrationsbeirates zum Thema „Politische Teilhabe – Wunsch oder Realität?“ fanden sich am 6. November 2013 über 30 Teilnehmer_innen und Interessierte im „Entrez!“ in der Europaallee ein, um diese Frage gemeinsam näher zu erörtern.

Begrüßung und Input

Mohamed Maiga, Sprecher des Integrationsbeirates, stellt in seiner Begrüßung die grundsätzliche Frage, ob Partizipation und damit Integration auch innerhalb der politischen Parteien stattfinden solle oder - wie bisher - lediglich auf die Arbeitswelt und das sonstige soziale Umfeld beschränkt bleiben solle.

Eine Voraussetzung hierfür, so führt *Mohamed Maiga* weiter aus, sei zum Einen die Bereitschaft der Einwohner_innen und Bürger_innen mit Migrationshintergrund, sich selbst politisch zu engagieren, und zum anderen die Bereitschaft der politischen Parteien, sich für die Migrant_innen zu öffnen.

Anschließend vermittelt Moderator *Prof. Dr. Dirk van den Boom* den Anwesenden zunächst einen kurzen thematischen Überblick zum bisherigen Stand der politischen Partizipation von Migrant_innen in Deutschland. So zeige die vorangegangene Bundestagswahl eine positive Entwicklung im Hinblick auf die Verteilung der Mandate: hier hatte sich der Anteil der Bundestagsabgeordneten mit Migrationshintergrund von 21 auf 35 Abgeordnete, im Vergleich zu den vorausgegangenen Bundestagswahlen 2009, deutlich erhöht.

Dies verdeutliche, so stellt *van den Boom* weiter heraus, dass „Integration durch politische Teilhabe“ ein grundsätzliches Thema sei, dem sich die Parteien nicht mehr länger entziehen könnten.

Es zeige sich zudem, dass sich in den großen etablierten Parteien zunehmend die Erkenntnis durchsetze, dass durch Inklusion von Einwohner_innen und Bürger_innen mit Migrationshintergrund zukünftige Wahlergebnisse zu Gunsten der eigenen Partei beeinflusst werden könnten, sofern sie in der Lage sei, diese Bevölkerungsgruppe anzusprechen und vor allem für sich zu werben. Dennoch scheitere eine politische Teilhabe oftmals an den rechtlichen Hürden: So ist das allgemeine Wahlrecht in der Bundesrepublik an die deutsche Staatsbürgerschaft gebunden, was die politische Teilhabe vieler Menschen mit Migrationshintergrund verhindere.

Gleichzeitig, so *van den Boom*, lasse die Bindungskraft der politischen Parteien allgemein stark nach, was anhand sinkender Mitgliederzahlen, wachsender Überalterung der Parteimitglieder (ein Phänomen, das zwar allgemein auf den demographischen Wandel zurückzuführen ist, dennoch für die Parteien zunehmend zum Problem wird) zu beobachten sei. Gleichzeitig sei die sinkende Wahlbeteiligung ein grundsätzliches Problem des politischen Systems der Bundesrepublik und erschwere die Aufgabe der politischen Parteien, junge Menschen gleich welcher Herkunft zu akquirieren.

Dennoch bedeute dies nicht unweigerlich, dass generell die politische Beteiligung bzw. das Interesse an Politik geringer sei. Vielmehr hätten sich, so verdeutlichte *van den Boom* das Phänomen, die Vermittlungsformen von Politik geändert: so gebe es mittlerweile immer mehr spontane Selbstorganisationen, die sich an speziellen Themen orientieren. Die „Occupy-Bewegung“ sei nur als ein Beispiel dafür genannt, dass Bürger_innen auch fernab der Parteienlandschaft politisch aktiv sind. Das Engagement der Bevölkerung sei in diesem Zusammenhang zwar politisch, jedoch nicht parteipolitisch motiviert. Die neuere Entwicklung zeige deutlich, dass das politische Interesse, der Wille, politische Meinung zu äußern und sich für politische Inhalte einzusetzen, durchaus über alle Altersgruppen hinweg vorhanden sei; dies müsse jedoch nicht notwendigerweise innerhalb einer bestimmten politischen Partei stattfinden. Vielmehr sei das Gegenteil der Fall: so verzichteten Selbstorganisationen ganz bewusst auf das Einbeziehen der Parteien in ihre Aktivitäten, da eine Parteimitgliedschaft unterschiedliche politische Meinungsäußerungen zu bestimmten Themen unter Umständen einschränken und sogar verhindern könne. Dieses grundsätzliche Problem hindere schließlich oftmals Einwohner_innen und Bürger_innen mit Migrationshintergrund daran, über eine parteipolitische Selbstaktivierung nachzudenken. Zahlreiche Untersuchungen belegten, dass der erste Weg vieler Migrant_innen zur politischen Teilhabe in Migrantenselbstorganisationen münde und nicht automatisch und unmittelbar in die politischen Parteien und in eine mögliche Parteikarriere führe. Eine zentrale Frage sollte daher lauten: Sind es überhaupt noch die politischen Parteien, die den politisch interessierten Migrant_innen den Einstieg in eine politische Teilhabe ermöglichen?

Prof. van den Boom verweist in diesem Zusammenhang auf die Ergebnisse der vom Integrationsbeirat 2012 in Auftrag gegebenen Studie „Untersuchung zur Vielfalt in der Saarbrücker Kommunalpolitik“, durchgeführt von der Forschungs- und Transferstelle für Gesellschaftliche Integration und Migration (GIM) an der HTW des Saarlandes unter Leitung von u. a. *Wolfgang Vogt*, der ebenfalls an der Veranstaltung teilnimmt. So wies, wie die Studie belegt, keines der Mitglieder im Saarbrücker Stadtrat einen Migrationshintergrund auf, woraus sich unmittelbar folgende Fragestellungen ergeben: Sind die politischen Parteien überhaupt in der Lage und Willens, Einwohner_innen bzw. Bürger_innen mit Migrationshintergrund als Zielgruppe wahrzunehmen? Haben sie Kommunikationsmethoden entwickelt, um mit ihnen ins Gespräch zu kommen, um damit mögliche Vorurteile und Hindernisse zu überwinden?

Die Ergebnisse der Studie laufen darauf hinaus, dass einer der wichtigste Ansatz- und Ausgangspunkt für eine Erhöhung der politischen Teilhabe vor allem die Öffnung der politischen Parteien sei. Es sei die Aufgabe der Parteien proaktiv auf Migrant_innen zuzugehen und einen Dialog zu fördern.

Diskussionsforen

Im Anschluss an die thematische Einführung *Prof. van den Booms* werden zwei Arbeitsgruppen mit jeweils gesonderten Schwerpunkten gebildet: Unter dem Arbeitstitel „Erfolgreiche politische Partizipation“ wurde das erste Diskussionsforum von *Dr. Lale Akgün*, ehemalige SPD-Bundestagsabgeordnete aus Köln, und *Mohamed Maiga* moderiert, die einige Leitfragen zur Diskussion stellten: „Wie kann man sich erfolgreich politisch engagieren? Wie sichert man Ergebnisse und Wissen?“ und: „Positive Maßnahmen zur Stärkung der Beteiligung: Wie können Parteien offener für Migrant_innen werden? Was können Migrant_innen leisten?“



Im zweiten Diskussionsforum mit dem Arbeitstitel „Migrant_innen für Politik begeistern und konkrete Empfehlungen für Parteien“ übernehmen *Mahmut Eğılmez*, CDU-Nachwuchspolitiker aus Nordrhein-Westfalen und *Wolfgang Vogt*, Mitverfasser der bereits genannten Studie, die Moderation. Hier sollen folgende thematische Schwerpunkte diskutiert werden: „Jugendliche mit Migrationshintergrund für Politik begeistern: Wie kann das gelingen? Welche Rolle können Jugendorganisationen der Parteien spielen?“ und: „Empfehlungen aus der Saarbrücker Studie: Was ist umsetzbar? Welche parteiübergreifenden Maßnahmen sind erforderlich? Was kann Partizipation fördern?“



In beiden Arbeitsgruppen herrscht für rund eine Stunde reger Austausch zu den einzelnen Themenschwerpunkten, zudem werden weitere Problemfelder identifiziert und kommuniziert. Beide Arbeitsgruppen können zum Abschluss keine konkreten Lösungsvorschläge formulieren, sondern regen vielmehr neue Fragestellungen an.

So stellt die erste Arbeitsgruppe die Frage in den Raum, ob denn ein „Migrationshintergrund oder aber die Migrationserfahrung gar nicht das eigentliche Problem seien“ und ob „politische Beteiligung nur durch eine Mitgliedschaft bzw. durch politische Aktivität lediglich innerhalb von politischen Parteien möglich sei?“ Könnten Aspekte wie die „Einführung der doppelten Staatsbürgerschaft oder gar eine Änderung des Wahlrechts mögliche Alternativen für eine politische Partizipation darstellen?“

Ähnlichen Diskussionsbedarf haben auch die Teilnehmer des zweiten Diskussionsforums. Hier wird u. a. die Frage aufgeworfen, wie etwa die politische Jugendarbeit mit Migrant_innen durch die Parteien aussehen solle. In erster Linie wird in dieser Arbeitsgruppe die Problematik diskutiert, wie sich junge Migrant_innen innerhalb einer Partei selbst positionieren und wie sie andererseits von Parteikolleg_innen wahrgenommen werden. „Welche Möglichkeiten gäbe es für eine Veränderung dieser einseitigen Wahrnehmung?“ Die Diskrepanz zwischen fachlicher Kompetenz auf der einen Seite und der Reduzierung auf den Migrationshintergrund andererseits scheint unüberbrückbar – die Verbindung beider „Befähigungen“ sei hingegen mit parteipolitischen Zielen oftmals unvereinbar, wie *Mahmut Eğılmez* aus eigener Erfahrung bestätigen kann.

Des Weiteren erschwerten vor allem „sprachliche Defizite und mangelnde Bildung“ eine aktive politische Partizipation. Um die dadurch aufgebauten Hemmschwellen abzubauen sei es notwendig, politisches Bewusstsein und Interesse an Politik bereits in der Schule frühzeitig und umfassend zu thematisieren und zu kommunizieren. Grundsätzlich, so sind sich alle Teilnehmer einig, sei es schwierig, Jugendliche für Politik zu begeistern, gleich welcher Herkunft.

Abschlussdiskussion

In der gemeinsamen Abschlussdiskussion führt *Prof. van den Boom* an, dass oftmals Menschen mit Migrationshintergrund, die sich in den Parteien politisch engagierten, als „Quoten-Migrant_innen“ benutzt würden, um ein positives Bild der eigenen Partei zu zeichnen. Die Problematik, die sich daraus ergibt und mit der sich Migrant_innen konfrontiert sehen, verdeutlicht eindrücklich mit einem Augenzwinkern die ehemalige SPD-Bundestagsabgeordnete *Lale Akgün*. Ihre Erfahrungen und Anekdoten als Bundestagsabgeordnete türkischer Herkunft hat sie u. a. in ihrem Buch „Der getürkte Reichstag“ veröffentlicht. Sie kritisiert vor allem die vorherrschende Borniertheit vieler Kolleg_innen, die in ihr oftmals die „exotische Türkin“ und nicht etwa eine gleichberechtigte kompetente Kollegin gesehen hätten.

Im weiteren Verlauf der Diskussion schlagen die Teilnehmer weitere Lösungsoptionen vor, die eine zukünftige politische Teilhabe ermöglichen könnten.

So vertritt *Lale Akgün* die Meinung, dass die Einbürgerung ein wichtiges Instrument für die Parteien sei, da Integration ein wichtiges und nutzbringendes Thema darstelle, um potenzielle Neuwähler_innen innerhalb der Gruppe der Migrant_innen anzuwerben.

Mahmut Eğilmez stellt heraus, dass mit Hilfe von politischen Jugendorganisationen junge Migrant_innen angesprochen und angeworben werden sollten. Hierbei sei es besonders wichtig, so führt er weiter aus, dass nicht die Unterschiede, sondern gemeinsame Werte betont werden sollten, unabhängig der Herkunft des Einzelnen.

Abschließend hält *Prof. van den Boom* fest, es bestehe zwar ein deutliches Bewußtsein und ein Interesse der etablierten Parteien, sich mit dem Thema politische Partizipation auseinanderzusetzen, die Ansprache von Migrant_innen als Zielgruppe sei jedoch nach wie vor kaum Thema innerhalb parteieigener Gremien.

Die Frage, ob die sporadisch aufflammenden Diskussionen zum Thema Integration und politischer Teilhabe ernst gemeint seien oder ob es sich lediglich um „Fassadendiskussionen“ handle, richtet *van den Boom* an anwesende Vertreter_innen der Parteien.

Während die FDP das Thema politische Partizipation erst durch Integration im Vorschulalter gewährleistet und in der frühkindlichen Erziehung den Schlüssel zur erfolgreichen Integration sieht, betrachten die GRÜNEN hingegen den Migrationshintergrund lediglich als eine Facette vieler unterschiedlicher Identitäten.

Wie sich gegen Ende der Veranstaltung zunehmend herauskristallisiert, ist das Spannungsfeld zwischen „Quoten-Migrant_in“ auf der einen Seite und „kompetenter Fachkraft“ auf der anderen Seite wiederholt Gegenstand angeregter Diskussionen.

Konsens herrscht darüber, dass eine politische Partizipation fast ausschließlich über die politischen Parteien zu bewerkstelligen sei. Um diesen Prozess zu beschleunigen, so *Prof. van den Booms* letzte Frage an das Podium, sei möglicherweise die Einführung einer Quotenregelung ein probates Mittel.

Diese These führt zu einer regen Diskussion, in der die Meinungen auseinander gehen. Während *Mohamed Maiga* zu Gunsten einer Beschleunigung des Prozesses eine Quotenregelung ausdrücklich befürwortet, vertritt *Lale Akgün* vehement die Gegenposition. Ihrer Meinung nach sei eine Quotenregelung nicht umsetzbar, da eine „Definition von Migrant_innen“ unmöglich sei, was jedoch, um die Kriterien einer Quotenregelung zu erfüllen wiederum unabdingbar sei. Als Gegenbeispiel nennt sie die Frauenquote: hier sei die Definition der Frau klar.

Auch *Mahmut Eğilmez* spricht sich explizit gegen eine Quotenregelung aus, da es in erster Linie um Qualifikation und Kompetenz, die jedes Parteimitglied in die Partei einbringt, und nicht um die Herkunft gehen sollte.

Wolfgang Vogt wiederum befürwortet aus wissenschaftlicher Sicht und aufgrund der Ergebnisse der Studie eine Quotenregelung zu Gunsten einer Beschleunigung des Prozesses der politischen Teilhabe.

Lale Akgün verstärkt ihren Einwand nochmals ausdrücklich, indem sie eindrücklich davor warnt, dass eine Quotenregelung zahlreiche junge bereits integrierte Menschen erst recht diskriminieren würde. Des Weiteren verweist sie darauf, dass junge qualifizierte Migrant_innen bereits heute in die Ursprungsländer ihrer Eltern auswanderten, um dort ihre berufliche Karriere voranzutreiben, was alleinig das Ergebnis einer verfehlten Integrationspolitik sei.

Mit der Aufforderung, die heute begonnene Diskussion in der Öffentlichkeit zu thematisieren, sei es privat oder innerhalb der jeweiligen Parteigremien, jedoch immer auf „informierte, untermauerte und durchdachte intelligente Art und Weise“, beendet *Prof. van den Boom* schließlich die Veranstaltung.



